EASPD

IMPROVING SERVICES
IMPROVING LIVES

Newsletter

Dezember 2008

Das Europäische Parlament und die Bedürfnisse der Anbieter von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen für Menschen mit Behinderungen in Europa: Was geschieht nach 2009?

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung.....1
2. Interview mit Franz Wolfmayr.....2
3. Die ALDE-Fraktion.....3
4. Europäische Volkspartei und Europäische Demokraten.....5
5. Die Grünen/Europäische Freie Allianz.....7
6. Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke.....9
7. Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie im Europäischen Parlament.....10
8. Die Sozialdemokratische Fraktion.....12
9. Union für ein Europa der Nationen (UEN).....15
10. Schlussfolgerungen.....16

1. Einleitung von Miriana Giraldi, Politische Referentin der EASPD

Miriana Giraldi

Der Sektor der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen boomt. Er kann ein positives Wirtschaftswachstum verzeichnen und schafft Arbeitsplätze. In vielen Regionen der EU wächst kein Wirtschaftszweig schneller als der Sozialdienstleistungssektor, wobei angesichts der alternden Bevölkerung in Europa davon ausgegangen werden kann, dass diese Entwicklung anhalten wird, denn immer mehr EU-Bürger werden in Zukunft Sozial- und Gesundheitspflege benötigen. Heute zählt der Bereich der Sozialdienstleistungen für behinderte Menschen in Europa etwa 8 Millionen Beschäftigte, und es wird geschätzt, dass weitere 8 Millionen als informelle Pflegekräfte tätig sind. Der Beitrag dieses Sektors zu den Lissabonner Zielen ist aufgrund des einzigartigen Zusammenspiels von Eingliederung, sozialer Kohäsion und Schaffung von Arbeitsplätzen nicht zu unterschätzen.

Anders als der Europäischen Rat, der die Mitgliedstaaten auf Ministerebene vertritt, und die Mitglieder der Europäischen Kommission, die von den nationalen Regierungen ernannt werden, sich aber für die gemeinsamen Interessen der Union einsetzen, ist das Europäische Parlament die einzige europäische Institution, die von den EU-Bürgern auf Grundlage eines europäischen Mandats direkt gewählt wird. Dennoch ist ungeachtet der Bemühungen des Europäischen Parlaments, die „Kluft“ zwischen Europa und seinen Bürgern zu überwinden, und trotz seiner Rolle, die darin besteht, den demokratischen Charakter der wichtigsten europäischen Institutionen zu gewährleisten, seit den ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 die Wahlbeteiligung kontinuierlich gefallen.

Mit diesem Newsletter möchte die EASPD versuchen, die EU ihren Bürgern näher zubringen und das „demokratische Defizit“ zu überwinden, unter dem es scheinbar leidet. Da zwischen 60% und 80% der Gesetze, die in den Mitgliedstaaten angenommen werden, zunächst auf europäischer Ebene verabschiedet werden, kann die Bedeutung der Wahlen zum Europäischen Parlament nicht genug betont werden. In den letzten Monaten hat die EASPD mit allen Fraktionen im Europäischen Parlament gesprochen, um zu erfahren, welche Prioritäten sie sich mit Hinblick auf die Wahlen in den Bereichen, die für den Behinderten- und Sozialdienstleistungssektor von Belang sind, setzen.

2. Interview mit dem neuen Präsidenten der EASPD, Franz Wolfmayr
von Miriana Giraldi, Politische Referentin der EASPD

Bei unserem Treffen mit Franz Wolfmayr haben wir darüber diskutiert, welche Prioritäten für die nächste Amtszeit des Europäischen Parlaments gesetzt werden sollten.

Franz Wolfmayr zufolge sollte das Hauptaugenmerk auf die Qualität der Dienstleistungen gelegt werden, die in ganz Europa verbessert werden muss. Es sei erforderlich, die Dienstleistungen in der gesamten Union auf einen modernen Standard zu bringen und für alle Bürger, die sie benötigen, verfügbar und zugänglich zu machen. „Diesbezüglich besteht in der europäischen Politik ganz deutlich ein Klärungsbedarf“, so Franz Wolfmayr. „Und wir möchten, dass die EU den erforderlichen gesetzlichen Rahmen setzt, der den Besonderheiten unseres Sektors Rechnung trägt. Außerdem fordern die Dienstleistungsanbieter, dass die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und das optionale Protokoll dieser Konvention von allen Mitgliedstaaten ratifiziert und umgesetzt werden, sodass die Konvention überall in Europa Realität wird.”

„Eine weitere Herausforderung, die unverzüglich angenommen werden muss, betrifft den demografischen Wandel in unserer Gesellschaft: Auf der einen Seite wird die europäische Bevölkerung immer älter, weshalb immer mehr Menschen behindert sein und Unterstützung benötigen werden. Hierzu bedarf es aber noch der notwendigen Infrastruktur. Auf der anderen Seite werden auch behinderte Menschen immer älter, weshalb wir diesen Menschen über einen längeren Zeitraum hinweg Dienstleistungen und Hilfe anbieten müssen“, erklärte Franz Wolfmayr. „Das Europäische Parlament könnte hier eine entscheidende Rolle spielen und sich für Gesetze einsetzen, mit denen diese Themen in einem positiven Geist angegangen werden können.“

Auf die Frage, welche Anliegen das Europäische Parlament in der nächsten Amtszeit in den Mittelpunkt stellen sollte, betonte Franz Wolfmayr, dass das Parlament klare politische Maßnahmen wie die Förderung der Ratifizierung und Umsetzung der UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ergreifen müsse. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments sollten auch auf politische Verbesserungen im sozialen Bereich drängen und Mittel zur Verfügung stellen, um solche Veränderungen zu ermöglichen und auf europäischer Ebene in die Tat umzusetzen. Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Bezahlbarkeit von Dienstleistungen seien in der Tat noch Themen, die eine Herausforderung darstellen.

Außerdem werde derzeit noch eine sehr lebhafte Diskussion zum Thema Binnenmarkt und folglich über die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse (SGDAI) geführt. „Wir haben das Gefühl, dass die europäischen Institutionen die Frage der SGDAI noch nicht so richtig verstanden haben. Themen wie Sozialversicherung und Chancengleichheit sind für unseren Sektor sehr wichtig, und alle Gesetze, die diesen Bereich betreffen, sollten den Besonderheiten der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungsanbieter Rechnung tragen. Wir würden deshalb gerne den Willen sehen, die spezifischen Merkmale unseres Sektors zu berücksichtigen, sodass er sich auch weiterhin erfolgreich entwickeln kann“, bemerkte der Präsident des EASPD. „Das

bedeutet auch eine tragfähige Arbeitszeitrichtlinie, die sich nicht negativ auf die Qualität der von uns angebotenen Dienstleistungen auswirkt."

Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige haben es in Europa noch immer schwerer als andere Bürger. Sozialdienstleistungsanbieter können in dieser Hinsicht von großer Hilfe sein, da sie behinderte und benachteiligte Menschen näher an den Arbeitsmarkt bringen und ihnen Unterstützung bieten. So können sie unabhängig sein und aktiv am Erwerbsleben teilnehmen. Dies ist jedoch nur mit einem soliden, gut funktionierenden Netzwerk von Dienstleistungsanbietern möglich.

„Sozialdienstleistungsanbieter müssen leider immer wieder feststellen, dass benachteiligte Menschen noch immer Opfer zahlreicher Formen von Diskriminierung sind. Deshalb ist es äußerst wichtig, die in der UNO-Konvention verankerten Grundsätze in europäische Gesetze zu übertragen. Wir fordern eine effiziente Antidiskriminierungsrichtlinie, die auf der Konvention gründet, aber noch darüber hinaus geht und ausdrücklich das Recht auf Unterstützung mit einbezieht". Franz Wolfmayr erklärte ferner, dass „wir auch gegen Diskriminierung gegenüber stark hilfsbedürftigen Menschen angehen müssen. Wir müssen jetzt spezifische Maßnahmen ergreifen, um diesen Menschen zu helfen. Nur dann können sie Teil der Gesellschaft sein und ihr Leben voll ausleben. Beschäftigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz, und damit verbunden die Höhe des Einkommens und die Möglichkeit für Menschen mit Behinderungen, eine Arbeit von hoher Qualität zu bekommen, sollten für das Europäische Parlament eine weitere Priorität darstellen."

3. Die ALDE-Fraktion

Die ALDE-Fraktion besteht aus gewählten Parlamentsmitgliedern verschiedener Parteien der EU-Mitgliedstaaten. Diese nationalen Abgeordneten bringen ihre eigenen politischen und kulturellen Werte mit ein, kooperieren jedoch im Europäischen Parlament als Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa. Sie teilen gemeinsame Werte und für Europa eine gemeinsame Vision

Gehören Menschen mit Behinderungen zu den Prioritäten 2009-2014 der ALDE-Fraktion?
Ja. Ein Beispiel für diese Verpflichtung gegenüber Menschen mit Behinderungen ist die Tatsache, dass die ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament den neuen Antidiskriminierungsvorschlag gefordert hat. Die Initiativstellungnahme des Europäischen Parlamentsmitglieds Liz Lynne dieses Jahr war sehr wichtig, um von der Kommission für einen Vorschlag den notwendigen Rückhalt zu bekommen. Die ALDE-Fraktion führt nun die offizielle Reaktion des Europäischen Parlaments auf die Direktive an und wird auch weiterhin als vorrangige Priorität auf die Annahme einer tragfähigen Gesetzgebung durch den Ministerrat drängen.

Wie möchte die ALDE-Fraktion zur Ratifizierung und Umsetzung der UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beitragen?
Die ALDE-Mitglieder des Europäischen Parlaments habe dieses Jahr im Europäischen Parlament eine schriftliche Erklärung auf den Weg gebracht, in der alle Mitgliedstaaten dazu aufgefordert werden, die UNO-Konvention und das optionale Protokoll der Konvention zu unterzeichnen und umzusetzen. Außerdem haben die ALDE-Mitglieder zu Berichten regelmäßig Änderungsvorschläge unterbreitet und in Initiativstellungnahmen Staaten dazu aufgefordert, die Konvention und deren optionales Protokoll zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Die Fraktion ist der Auffassung, dass dem Europäischen Parlament eine wesentliche Rolle zukommt, wenn es darum geht, auf die Mitgliedstaaten Druck auszuüben, damit diese die Konvention und das optionale Protokoll unterzeichnen und ratifizieren.

Welche Initiativen wird die ALDE-Fraktion ergreifen, um das Leben von Menschen mit Behinderungen in ganz Europa zu verbessern?
ALDE wird sich auch weiterhin für die Annahme und Umsetzung der Beschäftigungsrichtlinie aus dem Jahr 2000

und den aktuellen Richtlinienvorschlag über Gleichbehandlung außerhalb des Beschäftigungsbereichs einsetzen. Die Fraktion wird auch nach wie vor Fragen, die mit der Förderung von Menschen mit Behinderungen verbunden sind, in alle Politikbereiche und Gesetze mit einbinden und Maßnahmen ergreifen, damit vom medizinischen Behinderungsmodell abgekommen wird. Man muss auch den tatsächlichen, individuellen Rehabilitationsbedürfnissen Rechnung tragen, damit ein Sozialmodell und ein rechtsbasierter Ansatz geschaffen werden, die auf den Grundsätzen der Gleichheit, Gleichberechtigung und Chancengleichheit beruhen und diese fördern, oder aber ein Ansatz, der auf den entsprechenden Rechten basiert.
Außerdem wird sich die ALDE-Fraktion wie in der Vergangenheit dafür stark machen, dass neue Infrastrukturen, die mit EU-Geldern finanziert werden, für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind.
Eine weitere Priorität der Fraktion ist die Stärkung der Richtlinie 2001/85/EG des Europäischen Parlaments und des Rats, die die Rechte Behinderter auf Stadtbusse, Überland-Linienbusse und Reisebusse ausweitet. Damit knüpft die Richtlinie an die aktuelle gemeinschaftliche Gesetzgebung über die Rechte behinderter Fluggäste an. Sie soll gleichzeitig die Kommission dabei unterstützen und sie ermutigen, im Laufe der Zeit dieselben gesetzlich geregelten Rechte für Menschen mit Behinderungen auf alle Transportmittel auszuweiten.
Die ALDE-Fraktion macht sich dafür stark, dass die Zugänglichkeit zu den Informations- und Kommunikationstechnologien verbessert wird, und geht dagegen an, dass über 80% der öffentlichen Internetseiten, darunter auch die der europäischen Institutionen, im Allgemeinen für Menschen mit Behinderungen nicht zugänglich sind. Ebenso wird die Fraktion auch weiterhin alles dafür tun, dass sichergestellt wird, dass alle Dokumente der europäischen Institutionen auf Anfrage immer in zugänglichen Formaten zur Verfügung stehen.
Daneben wird die ALDE-Fraktion sich auch weiterhin für eine stärkere Beteiligung der Menschen mit Behinderungen an von der EU finanzierten Programmen einsetzen. Beispiele hierfür sind ‚Kultur', ‚Lebenslanges Lernen', ‚Jugend in Aktion', ‚MEDIA 2007' oder auch ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger'.
Die Fraktion wird auch weiterhin alles daran setzen, dass auf EU-Ebene eine breite Definition des Begriffs ‚Behinderung' erarbeitet wird, um zu garantieren, dass bei der Gesetzgebung alle Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden. Mehrfache Diskriminierung muss besser anerkannt werden, und Fragen der seelischen Gesundheit, insbesondere die Notwendigkeit, Menschen mit Problemen der seelischen Gesundheit zu entstigmatisieren, müssen in den Vordergrund gestellt werden.
Die ALDE-Fraktion wird auch weiterhin das Problem der Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen, die häufig Opfer psychischer, physischer und sexueller Übergriffe sind, ansprechen.
Des Weiteren wird die Fraktion auch weiterhin sicherstellen, dass die Kommission im Rahmen des EU-Erweiterungsprozesses bei der Bewertung der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien die Menschenrechte behinderter Menschen ausreichend berücksichtigt.

Setzt sich die ALDE-Fraktion bei der Bereitstellung von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen für eine Einführung europaweiter Qualitätsstandards ein?
Die ALDE-Fraktion ist der Auffassung, dass für diesen Bereich auch weiterhin die Mitgliedstaaten zuständig sein sollten. Dies schließt jedoch nicht aus, dass die EU-Institutionen auf dem Gebiet der Sozial- (und Gesundheits)dienstleistungen auf einen systematischeren Austausch bewährter Praktiken zwischen den Mitgliedstaaten drängen müssen.

Interview mit Liz Lynne, MdEP, Vereinigtes Königreich

Liz Lynne, Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und stellvertretende Vorsitzende der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe „Menschen mit Behinderungen" im Europäischen Parlament, hat dieses Jahr eine Initiativstellungnahme zu den Fortschritten bei Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung in der EU vorgelegt (Übertragung der Richtlinien 2000/43/EG und 2000/78/EG).

Welche Position nimmt Ihre Partei zu Beschäftigungsfragen ein, die die Mitarbeiter im Sozial- und Gesundheitssektor betreffen?
Die ALDE-Fraktion ist der Auffassung, dass Lohnfragen auch in Zukunft von den Mitgliedstaaten geregelt werden müssen, obwohl der Austausch bewährter Praktiken in diesem Bereich verbessert werden sollte, um allen EU-Bürgern ein angemessenes Mindesteinkommen zu garantieren. Sie hat die von der EU finanzierten Programme zum lebenslangen Lernen bislang immer weitgehend unterstützt und wird dies auch weiter tun.

Welche möglichen Maßnahmen könnte sich die ALDE-Fraktion vorstellen, um eine Lösung für das Problem des Arbeitskräftemangels im Sozial- und Gesundheitsdienstleistungssektor besteht, zu finden?
Die ALDE-Fraktion wird auch weiterhin auf europäische Programme für lebenslanges Lernen drängen, um zu gewährleisten, dass Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitssektor Zugang zu diesen Möglichkeiten geboten wird. Außerdem wird sie sich auch nach wie vor im Bereich Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen für einen besseren Austausch bewährter Praktiken zwischen den Mitgliedstaaten einsetzen, weiterhin auf eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben drängen und die Mitgliedstaaten auffordern, alles dafür zu tun, dass die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitssektor verbessert werden.

Warum sollten Beschäftigte im Sektor der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse Ihre Partei wählen?
Die ALDE-Fraktion hat sich mehr als jede andere Fraktion dafür eingesetzt, dass die Rechte behinderter Menschen verbessert werden und mehr für die Rechte derjenigen, die behinderten Menschen Dienstleistungen anbieten, getan wird.

4. Europäische Volkspartei und Europäische Demokraten

In dieser Legislaturperiode ist die EVP-ED die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Sie setzt sich aus Christdemokraten, Konservativen und Mitgliedern anderer wichtiger Mitte- und Mitte-Rechts-Parteien aus den 27 EU-Mitgliedstaaten zusammen.

Welchen Stellenwert räumt die EVP-ED-Fraktion in ihrem Wahlprogramm 2009-2014 behinderten Menschen ein?

Die EVP-ED-Fraktion ist der Meinung, dass der Europäische Sozialfonds ein ideales Instrument ist, das aber spezifischer auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung eingehen sollte. Für ihre Integration am Arbeitsplatz sind jedoch neben einer finanziellen Unterstützung auch angemessene rechtliche Voraussetzungen erforderlich, die es behinderten Menschen ermöglichen, ein unabhängiges und selbstbestimmendes Leben zu führen. Nach der Ratifizierung des Lissabonner Vertrags wird die Europäische Union in Zukunft über die notwendigen Instrumente verfügen, um das Modell der sozialen Marktwirtschaft Wirklichkeit werden zu lassen. Der soziale horizontale Ansatz im Lissabonner Vertrag garantiert eine Gleichstellung von Marktwirtschaft und Sozialpolitik. Insbesondere Artikel 9 dieses Vertrags und Artikel 21 der Charta der Grundrechte befähigen die Europäische Union, den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen besser Rechnung zu tragen.

Bei den anhängigen Vorschlägen der Kommission, die den Gesundheitssektor betreffen, wird die Fraktion auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen und herausfinden, wie das Gesundheitssystem den Bedürfnissen behinderter Menschen besser gerecht werden kann.

Was hält die EVP-ED-Fraktion von der Strategie der Kommission in Bezug auf einen Qualitätsrahmen für Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse?

Um eine aktive Teilnahme am Aufbau der Gesellschaft zu erreichen, benötigen wir auf europäischer und nationaler Ebene einen umfassenden Ansatz. Wir sollten nicht versuchen, sektorale Ansätze alleine zu finden. Ein umfassender Ansatz beinhaltet auch finanzielle Hilfe für Sozialdienstleistungen, die die Bausteine unserer europäischen Gesellschaft darstellen.

Kann die EVP-ED noch andere Vorschläge unterbreiten, die für den Sozial- und Gesundheitsdienstleistungssektor relevant sind?

Neben der Verbesserung des Zugangs zu Sozialdienstleistungen und der Gewährleistung hoher Qualität, einschließlich Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit, bleibt eine der Hauptprioritäten die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung. Dieses Ziel kann jedoch nur erreicht werden, wenn die zuständigen nationalen, regionalen und lokalen Akteure sich verpflichten, beschlossene Strategien auch wirklich umzusetzen und im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode Lösungen auszuarbeiten. Helfen sollen dabei die finanziellen Mittel des PROGRESS-Programms.

Interview mit Marie Panayotopoulos-Cassiotou, MdEP, Griechenland.

Marie Panayotopoulos-Cassiotou ist Mitglied in verschiedenen Parlamentarischen Ausschüssen, darunter im Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit, im Petitionsausschuss sowie im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im Europäischen Parlament.

Welche Prioritäten hat sich Ihre Fraktion für die nächste Amtszeit in den Bereichen Behinderung und Sozialdienstleistungen gesetzt?

Was den Behindertensektor anbelangt, besteht eine Priorität für die nächsten Wahlen darin, die Verbesserung der Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen auch weiterhin zu fördern, wobei wir uns bei unserer Arbeit auf Forschungsergebnisse stützen wollen. Heutzutage sind die diesbezüglichen Gesetze schon viel besser als noch vor einigen Jahren, jedoch müssen wir sichergehen, dass sie auch richtig angewendet werden.

Auf europäischer Ebene ist es wichtig, Regeln zu schaffen, die gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen ebenso wie alle anderen Bürger ihr Leben voll ausleben können. Auf nationaler und lokaler Ebene muss sichergestellt werden, dass alle Menschen gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen erhalten.

In Bezug auf die Sozialdienstleistungen sind unsere Prioritäten ganz klar, da sie für die soziale Kohäsion eine Schlüsselrolle spielen: Jeder Bürger muss Zugang zu den Dienstleistungen erhalten, die er benötigt, und es dürfen beim Zugang und bei der Qualität der Dienstleistungen keine Unterschiede gemacht werden, die vom Einkommen abhängen.

Was hält die EVP-ED-Fraktion von der Strategie der Kommission bezüglich eines Qualitätsrahmens für Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse?

Bei den Sozialdienstleistungen bestehen zwischen den EU-Mitgliedstaaten große Unterschiede, und die Mitgliedstaaten können in diesem Bereich nicht gezwungen werden, strengen EU-Vorschriften Folge zu leisten. Wichtig ist jedoch sicherzustellen, dass in allen Ländern gewisse Standards erfüllt werden und sich auch alle Länder in diesem Bereich für die Besserung der Qualität und des Angebots der Dienstleistungen einsetzten, ohne dass jedoch gemeinsame Vorschriften auferlegt werden. Nicht überall sind die Bedürfnisse gleich, und auch die Besonderheiten und Traditionen unterscheiden sich von Land zu Land. Dies ist auch einer der Gründe, warum nicht alle Dienstleistungen privatisiert werden sollten: Privatisierung könnte in den Regionen zu großen Schwierigkeiten führen, die von einem rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet nicht sehr ‚interessant' sind.

Welche Position nimmt Ihre Partei zu Beschäftigungsfragen ein, die die Mitarbeiter im Sozial- und Gesundheitssektor betreffen?

Für die Festlegung eines Mindesteinkommens sind die Länder zuständig. Was wir jedoch auf EU-Ebene fordern können, sind eine hohe

Lebensqualität und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Für die Mitarbeiter des Sozial- und Gesundheitspflegesektors sind Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit und Gesundheitsversorgung sehr wichtige Anliegen. Es besteht ein europäisches Programm zur Förderung des lebenslangen Lernens, das auch Pflegekräften offen stehen sollte.

Interview mit Dr. Milan Cabrnoch, MdEP, Tschechische Republik

Dr. Milan Cabrnoch ist Doktor der Medizin. Im Europäischen Parlament ist er unter anderem Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.

Was halten Sie von der Strategie der Kommission bezüglich eines Qualitätsrahmens für Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse?
Alles in allem bin ich der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten ihre Zuständigkeiten behalten sollten. Die Rolle der europäischen Institutionen ist es, gemeinsame Standards zu finden und zu definieren, damit Informationen ausgetauscht werden können und in der gesamten Europäischen Union das gleiche Grundangebot an Dienstleistungen garantiert werden kann. Ich denke, dass der Richtlinienvorschlag der Kommission über die Ausübung der Patientenrechte bei der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung ein gutes Beispiel für eine Gesetzgebung ist, die wirklich dazu beitragen kann, allen EU-Bürgern Dienstleistungen zugänglich zu machen.

Warum sollten Beschäftigte im Sektor der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse Ihre Partei wählen?
Meine Partei in der Tschechischen Republik hat ein äußerst treffendes Motto zum Thema Solidarität: „Die Solidarität der Verantwortung". Das bedeutet, dass wir Verantwortung in den Vordergrund stellen und wir gegen eine unangemessene Solidarität und gegen die Verschwendung öffentlicher Gelder sind und dass wir uns auch dagegen aussprechen, öffentliche Gelder den Menschen zur Verfügung zu stellen, die nicht wirklich Hilfe brauchen. Gezielte Hilfe ist die Lösung.

5. Die Grünen/Europäische Freie Allianz

„Die Grünen/Europäische Freie Allianz", eine europäische parlamentarische Fraktion, die sich aus Grünen-Abgeordneten und Vertretern staatenloser Nationen („Regionalisten") zusammensetzt, entstand im Juli 1999 aus dem Willen zweier separater und progressiver und auf europäischer Ebene tätiger politischer Familien heraus, im Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten.

Welchen Stellenwert räumen Die Grünen in ihrem Wahlprogramm 2009-2014 behinderten Menschen ein?
Im Manifest der Europäischen Grünen-Partei verpflichten wir uns ausdrücklich, uns für Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit und der Antidiskriminierung einzusetzen. Außerdem werden darin auch Fragen der Zugänglichkeit angesprochen.

Wie möchte Ihre Fraktion zur Ratifizierung und Umsetzung der UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beitragen?
Die Grünen haben sich immer für die Ratifizierung und Umsetzung der UNO-Konvention eingesetzt. Die diesbezügliche Schriftliche Erklärung des Europäischen Parlaments geht auf eine Initiative eines Mitglieds der Grünen-Fraktion (Jean Lambert, Vereinigtes Königreich) zurück.

Wie werden die Grünen den Besonderheiten des Sozial- und Gesundheitsdienstleistungssektors Rechnung tragen, wenn es auf europäischer Ebene um das öffentliche

Auftragswesen, den Binnenmarkt und Regelungen für staatliche Beihilfen geht?
Die Grünen setzen sich auch weiterhin für eine Richtlinie ein, die sich mit Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen befasst, damit bei der Vergabe von Aufträgen eine größere Rechtssicherheit gewährleistet ist. Wir finden, dass die allgemeinen Marktregeln auf den Gesundheits- und Dienstleistungssektor keine Anwendung finden sollten, sondern der spezifische Zweck dieser Sektoren, nicht zuletzt, wenn es um potenziell benachteiligte Menschen geht oder wenn keine allgemeinen Verbraucherentscheidungen getroffen werden können, anerkannt werden sollte. Die Grünen/EFA nehmen eine klare Haltung ein: Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen müssen vor einer missbräuchlichen Auslegung der Artikel des EG-Vertrages zum Binnenmarkt und zu den staatlichen Beihilfen geschützt werden. Zuallererst sollte es aber allgemeine Grundsätze geben, die auf alle Dienstleistungen des allgemeinen Interesses (natürlich einschließlich der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen) Anwendung finden, z.B. allgemeinem Interessen vor den Wettbewerbsregeln stets Vorrang eingeräumt wird.

Was die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen anbelangt, so hat ein sehr großer Teil von ihnen ganz deutlich einen nicht wirtschaftlichen Charakter, weshalb sie von der Anwendung der Vertragsregelungen ganz ausgeschlossen werden sollten. Deshalb setzen wir uns für die Ausgrenzung der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen aus dem Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ein.

Bei Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen, die sich in einer Grauzone zwischen wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Aktivitäten befinden, fordern wir eine Klärung der rechtlichen Lage durch eine Richtlinie, die die Besonderheiten dieser Dienstleistungen und von daher auch – im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip – das Recht der öffentlichen Behörden anerkennt, diese Dienstleistungen so zu organisieren und zu finanzieren, wie sie es wünschen. Wir sind auch der Auffassung, dass es nicht richtig wäre, Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen voneinander zu trennen.

Welche möglichen Maßnahmen könnte sich die Fraktion vorstellen, um eine Lösung für das Problem des Arbeitskräftemangels, das derzeit in einigen Ländern im Sozial- und Gesundheitsdienstleistungssektor besteht, zu finden?
Die Grünen setzen sich für eine angemessene Bezahlung, vernünftige Ausbildungsmöglichkeiten und eine bessere soziale Anerkennung dieser Arbeit, die hauptsächlich von Frauen ausgeführt wird, ein. Und da die Grünen an Gleichbehandlung glauben, soll dies für alle Arbeitnehmer ungeachtet der Staatsangehörigkeit gelten. Wir unterstützen eine offenere Immigrationspolitik, in der zum Ausdruck kommt, dass in der EU Arbeitnehmer aller Qualifikationsebenen gebraucht werden. Wir treten außerdem dafür ein, dass allen Pflegekräften Fortbildungsmöglichkeiten und Hilfe angeboten wird.

Interview mit Jean Lambert, MdEP, Vereinigtes Königreich.

Jean Lambert wirkt an zahlreichen Ausschüssen, fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppen und Delegationen im Europäischen Parlament mit. Sie ist unter anderem Vollmitglied des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und Mitglied der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe „Menschen mit Behinderungen“.

Was kann das Europäische Parlament tun, um die Ratifizierung und Inkraftsetzung der UN-Konvention voranzubringen?
Dem Europäischen Parlament kommt bei der Ratifizierung der Konvention durchaus eine Rolle zu. Das Parlament kann sich insbesondere mit der Frage befassen, was die Mitgliedstaaten tun können, um die Umsetzung der Konvention zu fördern, und dies nicht zuletzt fraktionsübergreifend durch die Arbeitsgruppe „Menschen mit Behinderungen“. Ein äußerst wichtiger Schritt wäre es auch, Überlegungen über die Auswirkungen der europäischen Aktivitäten für die ärmeren Länder in der ganzen Welt anzustellen, um sich darüber bewusst zu

werden, was für Menschen mit Behinderungen in anderen Ländern gemacht werden kann, zum Beispiel durch Partnerschaftsvereinbarungen mit Drittländern.

Was halten Sie von der Strategie der Kommission bezüglich eines Qualitätsrahmens für Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse?
Die Grünen werden im Allgemeinen nervös bei der Vorstellung, die Kommission bitten zu müssen, einzugreifen und schriftlich festzuhalten, wie politische Standards aussehen sollten. In den Mitgliedstaaten sind die Praktiken, die Kulturen und die Gewohnheiten sehr unterschiedlich, und die Menschen können in Bezug auf die angebotenen Dienstleistungen auch ganz unterschiedliche Dinge erwarten. Auch die Dimension der Qualität, das Recht auf Informationen in einem zugänglichen Format und die Transparent dieser Informationen sind sehr wichtig.

Welche Position nimmt Ihre Partei zu Beschäftigungsfragen ein, die die Mitarbeiter im Sozial- und Gesundheitssektor betreffen?
Dieses Thema liegt den Grünen sehr am Herzen, da die Beschäftigten in diesem Sektor gewöhnlich sehr niedrige Löhne erhalten und die Strukturen sehr geschlechtsabhängig sind. Die Fraktion hat bereits versucht, angemessene Bezahlung für angemessene Arbeit durchzusetzen, und hat sich dafür eingesetzt, dass Beschäftigte am Arbeitsplatz angemessene Fortbildungsmöglichkeiten angeboten bekommen. Die Arbeit im Pflegesektor sollte als eine kostbare Arbeit mit eigenen Strukturen angesehen werden.

Im Hinblick auf die Wanderarbeitnehmerinnen und –arbeitnehmer, die im Pflegesektor tätig sind, sind die Grünen der Meinung, dass hier angemessene Unterstützungsstrukturen erforderlich sind, die sowohl den Pflegebedürftigen als auch den Pflegekräften zugute kommen, da es sich in beiden Fällen um benachteiligte Gruppen von Bürgern handelt.

Was hält Ihre Partei vom Richtlinienvorschlag zum Thema Antidiskriminierung?
Leider haben wir Probleme, im Rat, aber auch im Parlament, mit einer Stimme zu sprechen. Der Grund hierfür ist unter anderem der horizontale Ansatz, der angenommen wurde. Beim Thema Behinderung im Speziellen ist es wichtig, sich darauf zu konzentrieren, inwieweit es sich mit anderen Diskriminierungsbereichen überschneidet. Die Institutionen müssen noch eine wohl fundierte Debatte über diesen Vorschlag führen und sich darüber bewusst werden, inwieweit er sich auf die verschiedenen einzelstaatlichen Sozialversicherungssysteme auswirkt.

Warum sollten Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsdienstleistungssektor gerade Sie wählen?
Weil die Grünen sich in diesem Bereich mit Überzeugung einsetzen. Für sie ist es von Belang, wie den Bürgern zufolge die EU aussehen sollte und wie die EU soziale Gerechtigkeit garantieren und die Umwelt schützen kann. Die Partei ist im Bereich der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen sehr aktiv und stellt ständig Überlegungen darüber an, was für diesen Sektor getan werden kann.

6. Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke

Bei der VEL/NGL im Europäischen Parlament handelt es sich um eine konföderale Fraktion, in der alle Mitgliedsparteien ihre eigene Identität und Politik bewahren, jedoch ihre Bemühungen bündeln, um gemeinsame politische Ziele zu verfolgen. Sie besteht aus MdEP aus siebzehn politischen Parteien aus dreizehn EU-Ländern, darunter auch neue Mitgliedstaaten.

Hinweis: Die EASPD hat keine Antwort von der VEL/NGL-Fraktion auf den Fragebogen erhalten, den die EASPD ihr zugesandt hat, um zu erfahren, welche Prioritäten die Fraktion sich für die nächste Amtszeit des Europäischen Parlaments in den Bereichen Behinderung und Sozialdienstleistungen gesetzt hat.

Interview mit Ilda Figueiredo, MdEP, Portugal

Ilda Figueiredo ist stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und Mitglied in verschiedenen anderen Ausschüssen, darunter im Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit im Europäischen Parlament.

Die Prioritäten der VEL/NGL-Fraktion **für die nächste Amtszeit** sind die Annahme eines Richtlinienvorschlags und von Entschließungen, bei denen es um die Rechte von Menschen mit Behinderungen geht, um die UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen mit konkretem Inhalt zu füllen. Was die **Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen** anbelangt, ist es unerlässlich, dass die Mitgliedstaaten die Rechte von Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen garantieren, insbesondere bei einer schweren Behinderung. Wir müssen sicherstellen, dass sie Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Unterkunft und Sozialversicherung, zu Beschäftigung mit den dementsprechenden Rechten und zu Transportmitteln haben. Wichtig ist auch das Solidaritätsprinzip, dem durch weitere finanzielle Unterstützung durch die EU Ausdruck verliehen werden sollte.

Außerdem ist Ilda Figueiredo der Auffassung, dass hochwertige öffentliche Dienstleistungen eine wesentliche Rolle spielen, wenn es darum geht, behinderten Menschen ihre Rechte zu garantieren. Das Europäische Parlament muss dieses Prinzip verteidigen und darf nicht akzeptieren, dass Wettbewerbsregeln auf öffentliche Dienstleistungen allgemein Anwendung finden, da diese Dienstleistungen für die Bekämpfung von Armut unentbehrlich und eine Garantie für die Achtung der Menschenrechte sind. In dieser Hinsicht muss die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für den Bereich der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse gewahrt bleiben, um umfassende, freie und hochwertige Gesundheitsdienstleistungen zu garantieren.

In Bezug auf die **Beschäftigungsfragen**, die die Mitarbeiter des Sozial- und Gesundheitspflegesektors betreffen, verteidigt die VEL/NGL-Fraktion den Grundsatz, dass jeder Bürger Recht auf ein menschenwürdiges Leben hat – und das heißt auch Recht auf einen angemessenen Arbeitsvertrag, ein Mindesteinkommen, Zugang zu allen öffentlichen Diensten, lebenslange Bildung und eine öffentliche und allumfassende Sozialversicherung. Das Europäische Parlament kann Maßnahmen unterstützen, die der Erreichung dieser Ziele dienen.

Warum sollte man die VEL/NGL-Fraktion wählen? Wegen der Vorschläge, die sie unterbreitet, und wegen ihres Einsatzes für die Verteidigung, Umsetzung und Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der am meisten benachteiligten Mitglieder der Gesellschaft.

---

7. Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie im Europäischen Parlament

IND/DEM ist eine Koalition aus „Unabhängigkeit und Demokratie"-Fraktionen. Ihre gemeinsame Verpflichtung gegenüber der Demokratie basiert auf fünf Grundsätzen, jedoch sind die Mitglieder in allen anderen Angelegenheiten an keine gemeinsame Position gebunden, weshalb es zum Beispiel auch keine offizielle Haltung dieser Koalition zum Thema Behinderung gibt.

Interview mit Kathy Sinnott, MdEP, Irland

Kathy Sinnott ist stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses und Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im Europäischen Parlament. In der IND/DEM-Fraktion ist sie dafür bekannt, dass sie sich ganz besonders für Behinderte einsetzt.

Welche Prioritäten hat sich Ihre Fraktion für die nächste Amtszeit des Europäischen Parlaments in den Bereichen Behinderung und Sozialdienstleistungen gesetzt?
Als politisch Unabhängige war meine Politik von Anfang an auf die Sicherstellung aller Rechte für Menschen mit Behinderungen ausgerichtet. Meine Prioritäten im Hinblick auf Sozialdienstleistungsanbieter sind angemessene Ausbildung, angemessene Entlohnung, Gesundheit und Sicherheit sowie Übertragbarkeit von Qualifikationen und Ansprüchen. Ich setze mich auch für die Anerkennung und die Unterstützung pflegender Angehöriger, die nicht bezahlt werden, ein und habe im Europäischen Parlament die spezielle Interessengruppe für Pflege und Pflegekräfte gegründet.

Was halten Sie von den Gesetzen, die die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse betreffen, sowie von der Strategie der Kommission bezüglich eines Qualitätsrahmens für diese Dienstleistungen?
Was die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen anbelangt, so habe ich das Gefühl, dass die Kommission den Nutzen der öffentlich finanzierten Dienste für die Gewährleistung und Bereitstellung dringend erforderlicher Dienstleistungen für behinderte und andere benachteiligte Menschen nicht anerkennt. Die immer größere Ausmaße annehmende Privatisierung ist problematisch, wenn sie auf unverzichtbare Dienstleistungen ausgeweitet wird.

Welche Position nimmt Ihre Partei zu Beschäftigungsfragen ein, die die Mitarbeiter im Sozial- und Gesundheitssektor betreffen?
Die IND/DEM hat keine offizielle politische Haltung zu Fragen, die sich nicht mit dem zentralen Thema der Demokratie befassen. Ich persönlich empfehle der EU weitreichende und solide Mindeststandards (keine Zwangsbehandlung, keine Diskriminierung, keine Institutionalisierung von Kindern und eine Strategie zur Deinstitutionalisierung im Allgemeinen, Chancengleichheit für alle, Eingliederung), wobei die Mitgliedstaaten den Anwendungsbereich noch ausweiten und dazu auch ermutigt werden sollten. Außerdem fordere ich die Anerkennung der Würde aller Menschen sowie die Anerkennung des Wertes der Arbeit derjenigen, die anderen Menschen helfen – vor allem bezahlte und unbezahlte Pflegekräfte. Der Bedarf an Pflegedienstleistungen wächst ständig, und wenn wir nicht bereit sind, in Hilfe und gerechte Bezahlung für alle Pflegekräfte zu investieren, tun wir ein Unrecht, das sich letztendlich auf die Pflegekräfte und auf die Pflegebedürftigen auswirkt und die Gefahr mit sich führt, dass es in der EU zu einem akuten Mangel an Pflegekräften kommen wird.

Was halten Sie vom Antidiskriminierungsvorschlag?
Eine behinderten- und altersspezifische Richtlinie wäre den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen besser gerecht geworden. Es bleibt zu sehen, ob die Bedürfnisse eines Behinderten oder einer Person, die aus Altersgründen eine Behinderung hat, durch die Antidiskriminierungsrichtlinie ausreichend befriedigt werden. Eine solch breit angelegte Antidiskriminierungsrichtlinie birgt die Gefahr einer Verwässerung, und ich erwarte, dass bei verschiedenen Fragen noch Kompromisse gefunden werden, auch bei der Behindertenfrage. Ich unterstütze nach wie vor eine behinderten- und altersspezifische Richtlinie, da diese den Besonderheiten der verschiedenen Gruppen, die eine besondere Form der Hilfe benötigen und Diskriminierung ausgesetzt sind, am besten gerecht würde.

Warum sollten Beschäftigte im Sektor der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse Ihre Partei wählen?
Ich bin stellvertretende Vorsitzende der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe „Menschen mit Behinderungen“ und habe auch die spezielle Interessengruppe für Pflege und Pflegekräfte im Europäischen Parlament initiiert. Darum wird sich mein Arbeitsprogramm 2009-2014, wenn ich wiedergewählt werde, erneut auf behinderten- und gesundheitsrelevante Fragen konzentrieren. Wenn die Bürger für mich stimmen, werden sie nicht nur ein Parlamentsmitglied wählen, das sich für diese Fragen einsetzt, sondern das sie aktiv fördert.

8. Die Sozialdemokratische Fraktion

Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament ist die zweitgrößte europaweite Partei. Sie setzt sich aus sozialdemokratischen MdEP aus 23 Mitgliedstaaten zusammen.

Welche Position nimmt die Sozialdemokratische Fraktion zur Strategie der Europäischen Kommission hinsichtlich eines Qualitätsrahmens für Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse ein?
Die Sozialdemokratische Fraktion fordert bereits seit langem eine allgemeine Rahmenrichtlinie zum Schutz der öffentlichen Dienstleistungen, die auf EU-Ebene geschützt werden müssen, da sie sich von anderen kommerziellen Dienstleistungen unterscheiden. Deshalb hat sie eine Arbeitsgruppe mit Experten und sozialdemokratischen MdEP eingerichtet und selbst den Vorschlag formuliert. Die Sozialdemokratische Fraktion macht sich auch für sektorale Richtlinien stark, durch die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen geschützt werden können und initiierte das erste Forum zum Thema Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse, das im September 2007 in Lissabon stattfand und bei dem Vertreter sozialer Einrichtungen und europäische Entscheidungsträger an einen Tisch gebracht wurden.

Welche möglichen Maßnahmen könnte sich die Fraktion vorstellen, um eine Lösung für das Problem des Arbeitskräftemangels zu finden?
Der Bedarf an qualifizierten Mitarbeiten wächst ständig. Der Sektor der Gesundheitsversorgung ist sehr komplex und umfasst zahlreiche recht unterschiedliche Berufe. Dementsprechend unterscheiden sich auch die Berufsrisiken und Belastungen, denen die Beschäftigten ausgesetzt sind. Etwa 10% der Beschäftigten in der EU sind im Gesundheits- und Sozialsektor tätig, wobei ein großer Anteil in Krankenhäusern arbeitet. Dadurch ist das Gesundheitswesen einer der größten Arbeitgeber in Europa. Die Sozialdemokratische Fraktion glaubt, dass der immer größer werdende Mangel an Beschäftigten im Gesundheitssektor eine ganz besondere Herausforderung darstellt. Wir müssen die Arbeit im Sozial- und Gesundheitssektor wieder attraktiv machen und die Abwärtsspirale, die sich durch eine hohe Abwesenheitsrate, Berufskrankheiten, Frühruhestand, lange Arbeitszeiten und im Allgemeinen durch schlechte Arbeitsbedingungen auszeichnet, umkehren. Die Sozialdemokratische Fraktion tut alles, was in ihrer Macht steht, um diesem Streben nach immer niedrigeren Löhnen, immer schlechteren Arbeitsbedingungen und niemals enden wollenden Kurzzeitverträgen ein Ende zu setzen.

1993 wurden in einer **europäischen Arbeitszeitrichtlinie** die maximale Wochenarbeitszeit, die Mindestruhezeiten pro Tag und Woche, die Mindestanzahl an Urlaubstagen und die maximale Arbeitszeit bei Nachtarbeit festgelegt. Die Erfahrungen haben jedoch seitdem gezeigt, dass zahlreiche Arbeitgeber die „Opt-out-Klausel“ der Richtlinie missbrauchen. Die Sozialdemokratische Fraktion ist der Meinung, dass Bereitschaftsdienst – wenn der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz zur Verfügung stehen muss – als Arbeitszeit im Sinne der Richtlinie definiert werden sollte. Ausgleichsruhezeiten müssen sofort nach der längeren Arbeitsphase in Anspruch genommen werden können. Dies wird sich direkt auf die Mitarbeiter im Sozial- und Gesundheitsdienstleistungssektor auswirken.

Hier hat es die Sozialdemokratische Fraktion auch geschafft, die Rechte der Arbeitnehmer im Parlament zu verteidigen. Die steigende Anzahl an atypischen und unsicheren Arbeitsverträgen ist unserer Meinung nach alarmierend.

Welche Themen sollte die kommende Entschließung des Europäischen Parlaments zum Thema „aktive Eingliederung“ der Sozialdemokratischen Fraktion zufolge hauptsächlich ansprechen?
Zunächst einmal ist die Sozialdemokratische Fraktion der Auffassung, dass es einen besseren Zugang zu hochwertigen

Dienstleistungen geben muss: Die Zugänglichkeit, Bezahlbarkeit und Qualität wichtiger Dienstleistungen – Sozialdienstleistungen, Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichem) Interesse – müssen verbessert werden, um die soziale Kohäsion zu fördern, die Grundrechte sicherzustellen und ein menschenwürdiges Leben zu garantieren, und dies besonders für die benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft. Außerdem müssen die politischen Maßnahmen zur aktiven Eingliederung die Förderung der Geschlechtergleichstellung garantieren und zur Beseitigung aller Formen von Diskriminierung beitragen. Good Governance und die Teilnahme und Einbindung aller relevanten Akteure müssen dadurch gefördert werden, dass diejenigen, die von Armut, sozialer Ausgrenzung und Ungleichheit betroffen sind, sowohl auf nationaler als auch auf europäische Ebene direkt eingebunden werden. Wir sind auch der Ansicht, dass das Problem der beschäftigungsbedingten Armut angegangen werden muss und dass die Entlohnung im Allgemeinen und Mindestlöhne im Besonderen auf jeden Fall eine einkommensbedingte Armut verhindern und einen angemessenen Lebensstandard gewährleisten müssen. Außerdem müssen Mindestlohnsysteme zum Zwecke der sozialen Eingliederung durch Stützungsmaßnahmen, beispielsweise in den Bereichen Wohnung, Bildung, Ausbildung, Umschulung und lebenslanges Lernen, und Einkommensstützungsregelungen, um die Kosten für Einzelpersonen und Haushalte zu decken, flankiert werden.
Die Fraktion ruft den Rat und die Kommission dazu auf, die Beseitigung der Armut und die Förderung der sozialen Integration im Rahmen der Sozialagenda 2008-2012 wieder zu einem klaren strategischen Schwerpunkt zu machen. Des Weiteren fordert sie im Rahmen des nächsten Zyklus der offenen Koordinierungsmethode über Sozialschutz und soziale Eingliederung eine explizitere Verpflichtung für einen neue, dynamische und effiziente EU-Strategie mit sinnvollen Zielen und effizienten Instrumenten und Kontrollmechanismen, die auf die Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Ungleichheit ausgerichtet sind.

Interview mit Anne Van Lancker, MdEP, Belgien

Anne Van Lancker ist Mitglied in verschiedenen Ausschüssen im Europäischen Parlament, darunter im Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit und dem Ausschuss für soziale Angelegenheiten.

Die Sozialdemokratische Fraktion befürwortet eine effiziente **Rahmenrichtlinie zum Schutz der Sozialdienstleistungen** vor Wettbewerbs- und Binnenmarktregeln sowie zur Aufrechterhaltung der sozialen Kohäsion, die ihr vorrangiges Ziel ist und den Bürgern Möglichkeiten und Solidarität garantieren soll. Die Fraktion hat einen Rahmenvorschlag für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unterbreitet, ist jedoch der Auffassung, dass in diesem Rahmen ein spezifischer, sektoraler Ansatz für Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen vorgesehen werden sollte.

Die Fraktion schlägt auch einen **europäischen Status für Gesellschaften und Vereine auf Gegenseitigkeit** vor – keine leichte Aufgabe, da es in der EU ein breites Spektrum an Organisationen gibt, das es schwierig macht, auf europäischer Ebene ein einziges Instrument zu finden, das allen gerecht wird. Man muss sich auch bewusst werden, dass es ein Mittelfeld zwischen rein solidaritätsorientierten Systemen und rein kommerziellen Systemen gibt. Kurz gesagt, sollte die EU soziale Dienstleistungen und soziale Wirtschaftseinrichtungen nicht harmonisieren, sondern einen angemessenen Rahmen schaffen, in dem diese Einrichtungen tätig sein können, ohne Angst haben zu müssen, gegen Wettbewerbsregeln, staatliche Beihilferegelungen usw. zu verstoßen.

Was die **Beschäftigungsfragen für die Mitarbeiter im Pflegesektor** anbelangt, so wurde klar, als die EU-Beschäftigungsstrategie aus dem Blickwinkel der Lissabonner Strategie bewertet wurde, dass diese nicht wirklich das Notwendige bietet, da sie nicht integrativ genug ist. Die drei Säulen der aktiven Eingliederungsstrategie müssen neu formuliert werden, sodass Menschen mit Behinderungen

auf dem Arbeitsmarkt eine wirkliche Chance haben. Damit dies jedoch Wirklichkeit werden kann, müssen sie den Sozialdiensten und der Unterstützung, die sie von ihnen erhalten, voll vertrauen können.

Ferner hofft die Sozialdemokratische Fraktion, dass **das Verfahren der offenen Koordinierungsmethode zur Steigerung der Qualität der Sozialdienstleistungen** helfen wird, weil es zeigen wird, dass weder der Gesellschaft noch denjenigen, die Unterstützung erhalten, Dienstleistungen von niedriger Qualität und schlecht bezahlte Mitarbeiter zugute kommen. Die Kommission hat kürzlich eine Überprüfung des Geschlechtergefälles in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt in die Wege geleitet, und da die meisten Mitarbeiter im Pflegebereich weiblich sind und nur wenig verdienen, besteht Hoffnung, dass dies den Regierungen als Anreiz dienen wird, in Sozialdienstleistungen zu investieren, um deren Qualität und auch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter zu verbessern.

Interview mit Richard Howitt, MdEP, Vereinigtes Königreich

Richard Howitt ist stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Menschenrechte sowie Mitglied in verschiedenen Ausschüssen im Europäischen Parlament, darunter im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Daneben ist er Vorsitzender der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe „Menschen mit Behinderungen“ im Europäischen Parlament.

Der Vorschlag für eine **Antidiskriminierungsrichtlinie** mit umfassenden Rechten für Menschen mit Behinderungen bleibt eine der vorrangigen Prioritäten der Sozialdemokratischen Fraktion. Wir machen uns bereits seit mehreren Jahren für einen solchen Vorschlag stark, und es besteht große Hoffnung, dass sie allen behinderten Menschen ihre vollen Rechte gewährleisten wird, auch das Recht auf Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, sodass sie letztendlich in allen Aspekten ihres Lebens einen allumfassenden Zugang genießen können. Eine effiziente Richtlinie in diesem Bereich wäre eine wichtige Errungenschaft.

Die **UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen** ist jetzt Realität, und diese haben wir all denjenigen zu verdanken, die darauf gedrängt haben, unter anderem den MdEP der Sozialdemokratischen Fraktion. Die MdEP der Sozialdemokratischen Fraktion setzen sich derzeit aktiv für eine Ratifizierung und Umsetzung der UNO-Konvention und des optionalen Protokolls der Konvention in ganz Europa ein.

Unsere Fraktion tritt für einen **rechtlichen Rahmen für öffentliche Dienstleistungen** ein, der auch rechtliche Anforderungen an Qualität und Zugang mit einschließen würde. Sie wird sich auch weiterhin für solide und ausreichende Dienstleistungen, für einen Zugang zu diesen Dienstleistungen für alle und für Individualisierung stark machen, sodass den spezifischen Bedürfnissen aller Nutzer angemessen Rechnung getragen werden kann. Ferner sollte die Wahl, die ein Behinderter in Bezug auf die Dienstleistungen, die er in Anspruch nehmen möchte, trifft, und die Kontrolle dieser Dienstleistungen durch selbigen Behinderten nicht durch EU-Gesetze behindert werden.

Ein vorrangiges Anliegen sind in diesem Bereich auch **die Regeln in Verbindung mit der öffentlichen Auftragsvergabe** – die MdEP der Sozialdemokratischen Fraktion haben eine Überarbeitung der Vergaberichtlinie gefordert, sodass die Regierungsbehörden die Freiheit haben, in ihren Ausschreibungsverfahren soziale Gesichtspunkte besser zu berücksichtigen und mit den Auftragnehmern einen tiefer gehenden Dialog zu führen, damit alle gesteckten sozialen Ziele erreicht werden können. Sie werden auch eine bessere Umsetzung der auf EU-Ebene gültigen Vorschriften fordern, die nicht sehr bekannt sind bzw. nicht überall angewandt werden.

Die Sozialdemokratische Fraktion fordert eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, die kosteneffizient verwendet werden und dazu beitragen sollen, die sozialen Ziele, nämlich soziale Eingliederung, Chancengleichheit und Achtung der Menschenrechte, zu erreichen. Sie will alle Möglichkeiten nutzen, die ihr auf EU-Ebene offen stehen, um eingehend zu

prüfen, warum auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung keine Fortschritte erzielt wurden, und die Mitgliedstaaten dazu drängen, diesem Defizit abzuhelfen und den bestehenden Bedürfnissen gerecht zu werden. Des Weiteren sollten alle verfügbaren Mittel, zum Beispiel der Sozialfonds, eingesetzt werden, um so weit wie möglich alle sozialen Ziele zu erreichen.

Warum sollte man die Sozialdemokratische Fraktion ins Europäische Parlament wählen? Die Sozialdemokraten werden für die Rechte derjenigen eintreten, die am Rande der Gesellschaft stehen und benachteiligt sind. Sie werden ihnen eine Stimme verleihen und zuhören, was diese Stimme zu sagen hat. Sie werden gewährleisten, dass es auf EU-Ebene zu den notwendigen Veränderungen kommt, damit die Lebensqualität steigt, zum Beispiel durch höhere Ausgaben für Dienstleistungen von besserer Qualität. Die Welt verändert sich, die wirtschaftliche Globalisierung bedroht unseren Planeten, und die Sozialdemokraten möchten auf diese Globalisierung reagieren, indem sie nicht nur soziale Rechte schaffen, sondern auch Prioritäten für den Markt, den Handel und die Geschäftswelt setzen.

9. Union für ein Europa der Nationen (UEN)

Die Fraktion „Union für ein Europa der Nationen“ unterstützt die positive Entwicklung der Europäischen Union. Sie setzt sich aus MdEP aus sechs Ländern, die zehn verschiedene nationale Parteien vertreten, zusammen.

Hinweis: Die EASPD hat keine Antwort von der Fraktion „Union für ein Europa der Nationen“ auf den Fragebogen erhalten, den die EASPD ihr zugesandt hat, um zu erfahren, welche Prioritäten die Fraktion sich für die nächste Amtszeit des Europäischen Parlaments in den Bereichen Behinderung und Sozialdienstleistungen gesetzt hat.

Interview mit Ewa Tomaszewska, MdEP, Polen.

Ewa Tomaszewska ist Mitglied in verschiedenen parlamentarischen Ausschüssen, wie beispielsweise im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie im Ausschuss für Bildung und Kultur im Europäischen Parlament.

Welche Prioritäten hat sich Ihre Fraktion in den Bereichen Behinderung und Sozialdienstleistungen gesetzt?
Eine Priorität der UEN-Fraktion im Behindertensektor ist es, Lösungen für Probleme zu finden, denen Menschen mit Behinderungen in ihrem Alltag gegenüberstehen, sodass sie ihre Bürger- und Menschenrechte ausüben und wie alle anderen EU-Bürger auch aktive Mitglieder der Gesellschaft sein können.

Was halten Sie von den Gesetzen, die die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen und auch die öffentliche Auftragsvergabe betreffen?
Das Europäische Parlament ist sehr aktiv, wenn es um die Koordinierung des Sozialversicherungssektors und die Gesundheitssysteme geht. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass diese Sektoren der Zuständigkeit der nationalen Regierungen unterliegen. Die nationalen Systeme sind zu unterschiedlich und zu kompliziert, als dass sie harmonisiert werden könnten, und wir sind der Auffassung, dass diese Fragen auf nationaler Ebene gelöst werden sollten. Jedes Land hat diesbezüglich seine eigenen Probleme, aber auch seine eigenen Errungenschaften, weshalb die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten gewahrt bleiben sollte.

Welche Position nimmt Ihre Fraktion zu Beschäftigungsfragen, die die Mitarbeiter im Sozial- und Gesundheitssektor betreffen, ein?
Es sollten bei der Festlegung des Mindesteinkommens auch andere Faktoren berücksichtigt werden, so wie es der Europarat in der Europäischen Sozialcharta (nicht auf nominale Weise) getan hat. Wir unterstützen alle Maßnahmen zur Förderung des lebenslangen Lernens, durch das die Chancen der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt erhöht werden. Insbesondere Menschen, die erst im Erwachsenenalter eine Behinderung bekommen haben, sollte die Möglichkeit geboten werden, einen neuen Karriereweg einzuschlagen. Unsere Fraktion unterstützt

des Weiteren die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, durch die Menschen, die in ihrem eigenen Land arbeitslos geworden sind, wieder größere Chancen haben, einen Arbeitsplatz zu finden.

Welche Position nimmt Ihre Fraktion in Bezug auf die neue Empfehlung der Kommission zum Thema ‚aktive Eingliederung' ein?
Wir unterstützen die aktive Eingliederung von Menschen, die aus der Gesellschaft ausgeschlossen sind. Zur Erreichung dieses Ziels setzen wir uns für die Umsetzung der Grundrechte wie die Förderung der Chancengleichheit für alle ein. Wir machen auch darauf aufmerksam, dass ein Ansatz notwendig ist, der auf die verschiedenen Formen der Behinderung abgestimmt ist und mit Hinblick auf die territoriale Kohäsion auch den lokalen und regionalen Gegebenheiten Rechnung getragen werden muss. Wir müssen Armut bekämpfen und verhindern, dass sie von Generation zu Generation weitergegeben wird. Was die aktive Eingliederung anbelangt, ist es auch erforderlich, die Solidarität zwischen den Generationen und die Achtung der Nichtdiskriminierungsgrundsätze zu fördern. Am wichtigsten ist es jedoch vor allem zu verhindern, dass es überhaupt zu sozialer Ausgrenzung kommt. Bei Menschen mit Behinderungen muss sichergestellt werden, dass sie Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, Rehabilitation und Bildung haben.

Warum sollten Beschäftigte im Sektor der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse Ihre Partei wählen?
Wir achten die individuellen und zivilen Rechte. Jeder sollte die Möglichkeit haben, diese Rechte frei auszuüben. Behinderte Menschen sollten genau wie alle anderen Zugang zur Wahlurne haben. Ebenso sollte ein unbehinderter Zugang zu öffentlichen Gebäuden, zum Beispiel zu Geschäften, garantiert werden, damit alle Menschen mit Behinderungen ihre Rechte als Verbraucher frei ausüben können. In der Schule sind alle Kinder Schüler, die ein Recht darauf haben, etwas zu lernen. Das Ziel ist das gleiche, nur der Weg, wie dieses Ziel erreicht wird, kann sich unterscheiden. Wir setzen uns auch für die Achtung der Arbeitnehmerrechte ein, insbesondere für das Recht auf sichere Arbeit.

10. Schlussfolgerungen

Was EASPD in den nächsten fünf Jahren gerne ganz oben auf der Tagesordnung sehen würde:

- Es sollte weiterhin ein Augenmerk auf die Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Bezahlbarkeit von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen für alle, die diese Dienstleistungen benötigen, gelegt werden. Die Wartelisten sollte angegangen werden, und eine freie Wahl der Dienstleistungen sollte garantiert werden;

- Ein weiteres wichtiges Anliegen sollte auch die Gesetzgebung in Bezug auf die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse sein, bei der sichergestellt werden sollte, dass die Besonderheiten des Sektors gewahrt bleiben und dass den Marktregeln nicht vor der Qualität der Dienstleistungen Vorrang eingeräumt wird;

- Eine starke Antidiskriminierungsrichtlinie stehen, die alle Gründe für Diskriminierung umfasst und ein spezifisches Kapitel für Behinderte beinhaltet, das auf der UNO-Konvention gründet und deutlich das Recht auf Hilfe zum Ausdruck bringt;

Weitere wichtige Themen sind:

- die Überarbeitung der Vorschriften zur öffentlichen Auftragsvergabe, damit soziale Überlegungen und Qualitätsfragen angemessen in die Ausschreibungsverfahren mit einbezogen werden;

- ein verantwortbares Auftragsvergabeverfahren für soziale Dienstleistungen, damit Qualität, Innovation und Zugänglichkeit dieser Dienstleistungen nicht durch finanzielle Überlegungen gefährdet werden;

- ein aktiver Einsatz für die Ratifizierung und Umsetzung der UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und des optionalen Protokolls dieser Konvention durch alle EU-Mitgliedstaaten;

- Die Förderung von Qualitätsgrundsätze für Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse, einschließlich der Notwendigkeit der Individualisierung und der notwendigen Voraussetzungen für hochwertige Dienstleistungen, das heißt ein klarer Rechtsrahmen, nachhaltige Finanzierung, Verfügbarkeit gut ausgebildeter Mitarbeiter, eine solide Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Akteuren...

- die Weiterentwicklung eines klaren Rechtsrahmens, der die qualitative Migration von Arbeitnehmern erleichtert. Das bedeutet, dass wir verstehen müssen, welche Bedürfnisse unsere Gesellschaften haben, sodass wir besser darauf vorbereitet sein können, Wanderarbeitnehmerinnen und –arbeitnehmer zu empfangen, die die Lücken der Arbeitsmärkte in der EU füllen, wobei wir ihnen angemessene Rechte und Arbeitsmöglichkeiten anbieten müssen;

- Brücken zwischen Alterung und Behinderung schlagen, um sich den Herausforderungen des demografischen Wandels effizient anzunehmen;

- der Bedarf an zielgerichteteren Strukturfondsmitteln die auf der UNO-Konvention basierer;

- Informationen und Dokumente bereit stellen, die leicht verständlich sind und auch in anderen zugänglichen Formaten zur Verfügung stehen, damit alle EU-Bürger angemessenen Zugang zu Informationen haben.

Weitere Informationen:

- Wenden Sie sich an das **EASPD-Büro** unter info@easpd.eu oder
  Oudergemselaan/ Av d'Auderghem 63
  B – 1040 Brüssel
  T + 32 2 282 46 10
  F + 32 2 230 72 33
- Oder werden Sie **Mitglied der Policy Impact Group**!

Die in diesem Newsletter veröffentlichen Informationen basieren auf den Interviews, die mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments oder den Sekretariaten der politischen Parteien geführt wurden, oder auf Auskünften, die von diesen Mitgliedern bzw. Sekretariaten erteilt wurden.
Die EASPD ist eine politisch neutrale Organisation die keine bestimmte politische Partei unterstützt.

Alle Parteien sind in alphabetischer Reihenfolge dargestellt.

Diese Veröffentlichung wird durch das PROGRESS-Programm der Europäischen Union, GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit finanziert. Sie spiegelt nur die Meinung des Autors wider. Die Kommission kann für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen nicht haftbar gemacht werden.